



Nr. 76. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 15. Februar 1876.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 14. Februar).  
12 Uhr. Am Ministerialen Dr. Friedenthal, Geh. Oberfinanzrat Hofmann, Geh. Finanzrat Abtger u. A.

Von Abg. Knebel ist ein Schreiben eingegangen, welches anzeigt, daß er, bisher Landrat im Kreise Zell ohne Rang- oder Gehaltserhöhung zum Landrat des Kreises Merzig ernannt worden sei. Das Schreiben geht an die Geschäftskorrespondenzkommission. — Abg. Liedemann ist aus der Budget-Kommission ausgeschieden.

An Regierungsvorlagen sind eingegangen: 1) vom Finanzminister: Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der in Folge der Abtreitung der preußischen Bank an das Reich für die Staatskasse verfügbare gewordenen Geldmittel; 2) vom Handelsminister: Uebersicht über die Verwaltung der fiscalschen Bergwerke und Salinen für das Jahr 1874; 3) vom Cultus-Minister: Gesetzentwurf, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den älteren Provinzen der Monarchie; 4) vom Finanzminister und Minister des Innern: die Nachweizung über die Bestände der für Rechnung der befreilichten Provinzial- und Kreisverbände zinsbar angelegten Dotationsfonds; 5) vom Finanzminister: Gesetzentwurf, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie des Staates für Prioritäts-Anleihen der Halle-Sorau-Gubener Eisenbahngesellschaft bis auf Höhe von 29,730,000 Mark.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Die Uebersicht über die Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1874 wird auf den Antrag des Abg. Hamacher der Rechnungs-Kommission überwiesen. Den Gesetzentwurf, betreffend die Ablösung der Neuallasten im Gebiete des Regierungsbezirks Cassel, beantragt Abg. Bähr (Kassel), der um sieben Mitglieder zu verstärkenden Agrar-Kommission zu überweisen. Der Gesetzentwurf scheine ganz außer Acht gelassen zu haben, daß der Begriff von Servitut und Neuallasten in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zusammenfalle und gar nicht zu unterscheiden sei.

Minister Dr. Friedenthal kann sich dem Antrage auf Ueberweisung an die Agrar-Kommission nur anschließen. Dort wird am besten Gelegenheit sein, den Sinn des Gesetzes klar zu stellen und die irrtümliche Voraussetzung des Vorredners zu berichtigten.

Der Antrag Bähr wird hierauf angenommen.

Ohne Debatte wird sodann der Gesetzentwurf, betreffend die Anwendung der für den Verlehr auf den Staatsräthen bestehenden Vorschriften auf den Kreis Siegen in erster und zweiter Beratung genehmigt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Preußen, Pommern, Schlesien und Sachsen.

Abg. Dr. v. d. Gold-Bramburg: Ich beantrage, die Vorlage an die verhälftige Gemeindekommission zu überweisen. Mein Kreis befindet sich den übrigen gegenüber in einer verhältnismäßig günstigen Lage; trotzdem muß ich wünschen, daß das vorgelegte Project noch näher erörtert werde, weil in den Motiven Angaben enthalten sind, die nothwendiger Weise näherer Erklärungen bedürfen. Unter Anderem ist behauptet worden, daß der Kreis, den ich zu vertreten die Ehre habe, seine Zustimmung ertheilt und sich mit dem Project einverstanden erklärt habe. Das ist ein Irrthum, das Project hat meinem Kreise überhaupt nicht vorgelegen. Wie ich gehört habe, befinden sich andere Kreise in einer ähnlichen Lage. Ich glaube deshalb, daß sich der Entwurf für die sofortige Beratung im Plenum nicht eignet, und empfehle Ihnen daher meinen Antrag.

Die Abg. Wisseling und Graf Königsdorff treten dem Antrage des Vorredners bei, mit dem Vernerken, daß auch in Bezug auf ihre Kreise Unzertigkeiten in den Motiven der Vorlage vorhanden seien.

Abg. v. Denizy befürwortet ebenfalls die Annahme des Antrages mit der Hinweisung auf die zu diesem Gesetz vorliegenden Petitionen, die nothwendiger Weise eine vorherige Erörterung beanpruchen.

Der Antrag v. d. Gold wird hierauf angenommen.

Schließlich wird der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Decbr. 1869, betreffend die Consolidation preußischer Staatsanleihen ohne weitere Debatte durch die Kenntnishaftnahme des Hauses für erledigt erklärt.

Schluss 1 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die in Folge der Abtreitung der Preußischen Bank an das Reich verfügbare Geldmittel; erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Besäugung für den höheren Verwaltungsdienst; erste Lesung der Begeordnung.)

Der Präsident teilt mit, daß von Donnerstag ab ohne Unterbrechung die Etatberatung stattfinden werde, indem er zugleich die Ueberzeugung ausspricht, daß dieselbe bei den geringen Veränderungen des Etats gegen das Vorjahr ziemlich rasch von stattfinden gehen werde.

Berlin, 14. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath Bunder zu Naumburg a. S. den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Ober-Stabsoffizier I. Klasse und Regiments-Arzt a. D. Dr. Dies, zuletzt im 3. Hannoverschen Infanterie-Regiment Nr. 79, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Großherzoglich oldenburgischen Geheimen Ober-Baurath und Eisenbahn-Director Buresch zu Oldenburg, und dem Großherzoglich oldenburgischen Geheimen Ministerial-Rath Jansen ebenfalls den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; sowie dem Königlich bayerischen Rittmeister und Escadron-Chef Grafen von Poccii im 2. Kürassier-Regiment Prinz Adalbert den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Deutschen Reichs die von dem Bischofe zu Straßburg i. E. vorgenommene Ernennung des Hilfspfarrers Rist in Banjenheim zum Pfarrer in Pfist, Bezirk Ober-Elsach, genehmigt.

Se. Majestät der König hat den Kammerherrn, Rittmeister a. D. und Standesherrn von Guzmerow auf Groß-Lüben im Kreise Lübben zum Schloßhauptmann von Königs-Wuferbauern ernannt; den Königlichen Bergwerks-Directoren Hörnede zu Grube Dubweiler-Jägersfreude bei Saarbrücken, von Ammon zu Grube von der Heydt ebenda selbst und Fötzick zu Rüdersdorf den Charakter als Berggrath; dem bautechnischen Mitgliede der Königlichen Bergwerks-Direction zu Saarbrücken, Bau- und Maschin-Inspektor Neufang, den Charakter als Baurath; sowie den praktischen Arzten z. Dr. Moritz Goldbaum in Berlin und Dr. Reymann in Breslau den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der praktische Arzt z. Dr. Penkert ist mit Besaffung seines Wohnsitzes in Arier zum Kreis-Bundarzt des Kreises Sangerhausen ernannt worden.

Berlin, 14. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] begaben sich gestern Vormittags 10 Uhr nach der Anhaltischen Straße Nr. 7 und wohnten daselbst der Trauerfeierlichkeit am Sarge des verstorbenen Generals der Infanterie z. D. von Peucker bei. Später empfingen Se. Majestät den Ober-Präsidenten von Hessen-Nassau von Ende, den Appellationsgerichts-Präsidenten in Magdeburg Uckert, den Director des Germanischen Museums in Nürnberg Dr. Essenwein und den Oberst-Kämmerer Grafen von Redern.

Heute nahmen Se. Majestät im Beisein des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen und ließen Sich durch den Geheimen Cabinets-Rath von Wilmowitz Vortrag halten.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern in der 6. diesjährigen Vorlesung des wissenschaftlichen Vereins anwesend. — Gestern wohnte Ihre Majestät dem Gottesdienste in der Capelle des Krankenhauses Bethanien bei. — Das Familien-Diner fand bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin statt.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten] der Kron-

prinz und die Kronprinzessin begaben Sich am Sonnabend Mittags um 12 Uhr zur Geburtstags-Gratulation zu St. Königlichen Hoheit dem Prinzen Georg. Von 7 Uhr Abends ab wohnte Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Vorstellung im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater bei.

Gestern Vormittag um 10 Uhr nahm Höchstverselbe an der Trauerfeierlichkeit für den verstorbenen General der Infanterie von Peucker im Trauerhause Theil.

Um 4 Uhr empfingen die höchsten Herrschaften den Kaiserlichen Botschafter, General-Lieutenant von Schweinitz nebst Gemahlin. Um 5 Uhr fand das Familien-Diner bei den höchsten Herrschaften im Palais statt.

Von 7 Uhr ab wohnte Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Vorstellung im Opernhaus bei.

Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin begeben Sich morgen Vormittag nach Dresden. In der Begleitung werden sich die Hofdame Gräfin Bernstorff, der Oberst und verhälftige Adjutant Mischa und der Kammerherr von Normann befinden.

(Reichsbank.)

○ Berlin, 14. Februar. [Ministerrath.] — Landtags-Vorlagen. — Apotheker-Angelegenheit. — Oberpräsident v. Ende.] Am Sonnabend ist der schon seit längerer Zeit in Aussicht genommene Ministerrath unter Vorsitz des Fürsten Bismarck abgehalten worden.

Die Vermuthung, daß die Eisenbahnvorlage für den Landtag auf der Tagesordnung gestanden habe, dürfte zutreffend sein; jedoch sind etwaige nähere Mittheilungen mit Vorsicht aufzunehmen, da aller Wahrscheinlichkeit nach es sich zunächst nur um eine allgemeine Besprechung der Frage gehandelt hat und es zu definitiven Beschlüssen nicht gekommen sein wird. — Die in mehreren Correspondenzen enthaltene Mittheilung, daß man in parlamentarischen Kreisen an die Möglichkeit denkt, die Landtagssession und die derselben obliegenden Arbeiten bis Ostern zum Abschluß zu bringen, kann schwerlich ernst gemeint sein. Selbst wenn es sich nur um die Vorlagen handelt, die bisher dem Abgeordnetenhaus zugegangen sind, so könnte von einer so kurzen Session nicht die Rede sein. Noch viel weniger aber kann eine solche Berechnung Stand halten, wenn man auf die noch zu erwartenden Vorlagen Rücksicht nimmt. Vor Ende Mai wird die Session schwerlich beendet sein können. — Von den noch in Aussicht stehenden Vorlagen sind in erster Linie das Synodalgesetz, die neue Städteordnung und das Competenzgesetz zu nennen. In Bezug der beiden letzteren Gesetzentwürfe sind irrite Nachrichten verbreitet worden. Als thathählich ist nur zu bezeichnen, daß beiden Gesetzen nach vorgängiger Verständigung im Staatsministerium die vorläufige Allerhöchste Ermächtigung bereits ertheilt worden und daß auf Grund derselben die definitive Feststellung der Entwürfe so weit gediehen ist, daß deren Einbringung beim Landtag gleichfalls binnen Kurzem bevorsteht. —

Beim Cultusministerium ist Beschwerde darüber geführt worden, daß viele Apotheker, die in Bezug auf die erste Anseitung und Wiederholung ärztlicher Recepte bestehenden Vorschriften vielfach außer Acht lassen. Es ist vorgekommen, daß Recepte, in welchen die Bereitstellung wichtiger Arzneimittel von Aerzten angeordnet werden, ohne Vorwissen der Lezteren von den Apothekern wiederholt werden, oder auch, daß solche Recepte von Apothekern angefertigt werden, welche gar nicht von approbierten Medizinal-Personen herrühren.

Mit Rücksicht auf die verderblichen Folgen, welche daraus hervorgehen können, sind die Regierungen vom Cultusminister veranlaßt worden, den Apothekern die bezüglich ein solches Verfahren verbietenden Bestimmungen zur strengsten Nachachtung in Erinnerung zu bringen und die Kreisphysiker gleichzeitig anzuweisen, auf das Zu widerhandeln der Apotheker gegen die genannten Bestimmungen ein besonderes Augenmerk zu richten. — Der Oberpräsident von Ende hat auch während seiner Anwesenheit wiederholt mit dem Fürsten Bismarck konferirt. Wie man hört, wird er sich am Mittwoch zum Antritt seines Amtes nach Kassel begeben.

— Berlin, 14. Februar. [Die Synodalordnung. — Bauakademie. — Das Verfassungswesen. — Die Seehäfen.] Im Abgeordnetenhaus wird, wenn irgend thunlich, das General-Synodalgesetz schon morgen zur Vertheilung gelangen; die erste Lesung wird indessen möglicher Weise volle acht Tage auf sich warten lassen, heils um den Fractionen-Zeit zur Verständigung zu gewähren, heils um sich, womöglich ohne Unterbrechung, vom künftigen Donnerstag ab den Etatberathungen zuzuwenden. Es lag in der Absicht des Präsidenten von Bennigsen, für Mittwoch das Gesetz über die Amtsrede auf die Tagesordnung zu setzen, möglich jedoch daß dies sich noch verzögert und am Mittwoch sodann die Sitzung ausfallen möchte. — Die Gruppen-Berathungen über den Etat nehmen einen raschen Fortgang und werden durch Anfragen an die Staatsregierung und Antworten auf dieselben wesentlich gefördert. An das Cultusministerium ist u. A. das Gesuchen um Mittheilung der Erlassen und Motive gegangen, wodurch die Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten eine Mehrbelastung an Lehrstunden zu tragen haben.

Eine andere Anfrage ist an das Handelsministerium über den ausbau der Bau-Akademie gerichtet worden, wofür der Landtag 60,000 Thaler bewilligt hat, während 130,000 Thaler verwendet werden sind. — Bezüglich der etatsmäßigen Ausgaben für Landesvermessungswerte pro 1876 ist auf Anfrage seitens der Regierung erwidert worden, es seien die Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reiche Behufs Concentration des gesammten Vermessungswesens unter Aufstellung eines einheitlichen Etats noch zu keinem Abschluß gediehen und daher — abgesehen von der geringfügigen Erhöhung des Ordinariums in dem Etat pro 1876 — nur derjenige Theil der von Preußen zu leistenden Ausgaben im Ordinarium ausgeführt, den dieses bisher getragen hat. — Auf die Frage, wie die Staatsregierung denkt, den Uebelständen, welche aus dieser Theilung für die definitive Organisation der ins Leben gerufenen Institute mit Nothwendigkeit folgen müssen und sich auch bereits fühlbar gemacht haben, für die Zukunft zu begegnen? — antwortet die Regierung: „Dadurch, daß unter Zustimmung der preußischen Landesvertretung mit dem Reiche ein Abkommen dahin getroffen wird, daß für das gesamme Landes-Vermessungswesen ein einheitlicher Etat aufgestellt, denselbe dem Reichs-etat einverlebt und von Preußen ein seinem besonderen Interesse entsprechen-

der Zuschuß zu den Kosten geleistet wird. — Nach einer dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Nachweisung ist im Jahre 1874 zur Erhaltung der Seehäfen, deren Preußen in den Provinzen Preußen, Pommern, Schleswig-Holstein, Hannover 25 jährt, verwendet worden die Summe von 647,793 Thlr. 24 Sgr. 11 Pf.; für Unterhaltung der Seefeuerschein 40,937 Thlr. 3 Sgr. 8 Pf.; für Unterhaltung der Leuchtfelder 34,450 Thlr. 16 Sgr.; für Unterhaltung der Tonnen, Balen u. c. 21,072 Thlr. 4 Sgr. 4 Pf.; für das Lootenwesen 3549 Thlr. 19 Sgr. 9 Pf. und für alle diese Anlagen die Summe von 747,803 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf.

[S. M. S., „Luise“] ist am 12. Januar er. von Rio de Janeiro nach Melbourne in See gegangen.

Weimar, 14. Februar. [Der Landtag] ist heute wieder eröffnet worden. Die Proposito-Konschrift hebt als Gegenstände der Berathung für die eröffnete außerordentliche Session v. A. eine Vorlage betreffend die Regelung der durch die Reichsgesetzgebung berührten kirchlichen Verhältnisse, einen Gesetzentwurf über die Landtags- und die Bezirks-Ausschußwahlen, sowie eine Vorlage über den Abschluß der Domänenfrage hervor und giebt der freudigen Genugthuung des Großherzogs über den Anteil der Bevölkerung an der Vermählung der Prinzessin Marie Ausdruck.

4 Straßburg, 13. Februar. [Preßprozeß. — Volkszählungs-Resultat.] Das „Elsässer Journal“ hat es vor etwa 14 Tagen für nothwendig erachtet, seine Leser an der Spitze des Blattes von dem bekannten Erlass des Großherzogs von Mecklenburg bezüglich derselben seiner Beamten, die sich etwa mit der bürgerlichen Trauung befaßten sollten, zu unterhalten. Dabei hatte der Verfasser des Artikels seiner Tendenz, Deutschland als ein in freiheitlicher Beziehung hinter Frankreich weit zurückstehendes Land zu charakterisiren, so rücksichtslos die Bügel schießen lassen, daß er jenen allerdings befremdlichen und bedauerlichen Erlass mit den stärksten Worten bezeichnete. In Folge davon ist auf Grund des § 99 des Strafgesetzbuches (Beleidigung eines Bundesfürsten) Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Elsässer Journ.“, Advokat G. Fischbach, erhoben worden und dürfte derselbe der Minimalstrafe für das genannte Vergehen (1 Monat Gefängnis oder Festungshaft) schwerlich entgehen. Wahrscheinlich dürfte diese Erfahrung die gute Folge haben, die Mitarbeiter des „Elsässer Journ.“ in ihren Geschäftsfällen über deutsche Vorkommnisse etwas zu mäßigen. — In den letzten Tagen hätten wir beinahe einen Protest gegen den Stadt-Erweiterungsvertrag von Seiten derselben erlebt, die im Mai 1874 in einer damals vielbesprochenen Adresse an den Fürsten Reichskanzler die dringende Bitte um Beschleunigung der Stadtverweiterungs-Angelegenheit ausgesprochen haben. Einigen der Unterzeichner jener Adresse gefällt es nämlich nicht, daß die Stadt die ihr zu übergebenden ausgedehnten und wertvollen Festungslande beibehalten soll, und so wollten sie öffentlich erklären, daß sie die Sache nicht so, wie sie sich nun gestaltet hat, gemeint hätten, und daß man ihnen auf Grund ihrer Unterzeichnung der gebrochenen Petition keinerlei Verantwortung für die etwaigen üblern pecuniären Folgen des jetzigen Vertrages auferlegen dürfe. In der heftigen Erlass einer derartigen Erklärung einberufenen Versammlung der Abgeordneten zeigten waren aber einerseits so wenige der Eingeladenen erschienen, andererseits sprachen sich einsichtige und einflußreiche Männer so entschieden zu Gunsten des abgeschlossenen Vertrages aus, daß die Absichten der proteststiftigen Veräußerer der Versammlung vollständig scheiterten. — Seit kurzem liegen die Ergebnisse der letzten Volkszählung für unsere Stadt vollständig und im Vergleich mit denjenigen der Zählung vom 1. December 1871 vor. Darnach hat die Bevölkerung im Ganzen in dem bezeichneten Zeitraum sich von 85,539 auf 94,346 gehoben. In der letzteren Zahl sind 8411 Militärpersönlichen einbezogen, gegen 7670 im Jahre 1871. Wohnhäuser zählte man in 1871 in Stadt und Weichbild zusammen 5146, jetzt 5602. Der Zuwachs in den letzten vier Jahren beläuft sich also auf 456 Häuser und 8807 Seelen.

## Österreich.

\* \* Wien, 13. Februar. [Die Situation in Rumänien und in Serbien.] Die Gabinettskrise in Bukarest ist zwar formell damit beendet, daß Catargiu in Folge eines Vertrauensvotums, das ihm der Senat ertheilt, auf seine in Posten als Conseil-präsident verbleibt und nur für einige seiner Collegen Esagnmänner beruft. Allein die Lage im Ganzen hat sich damit nicht geklärt. Jedenfalls erscheint das alte Ministerium, das nun schon bald fünf Jahre lang das Regiment geführt und mit ihm die Herrschaft der Conservativen arg erschüttert und ein neues Auenement der Rothen zur Regierung keineswegs unmöglich. Namentlich ist der Rücktritt des gemäßigten und staatsmännischen Boeresku von dem Departement des Auswärtigen, dem er seit 1873 vorgesetzten, ein harter Schlag für die Conservativen. Sein Substitut Balandeanu ist bis jetzt ein homo novus, der sich erst noch auf seinem Posten zu bewähren haben wird. Selbst Boeresku sagte man schon mit Bestimmtheit Pläne nach, deren Ausführung die schwedende orientalische Frage wesentlich complicieren müßte. Natürlich rede ich hier nicht von jenen englischen Absurditäten, denen zufolge Rußland sich verpflichtet hätte, die Türkei mit Krieg zu überziehen, unter der Bedingung, daß dafür der im Pariser Frieden von Bessarabien losgetrennte Pruth-Landstrich von der Moldau wieder an das Czarenreich zurückfiele. Aus besserer Quelle schon stimmt die Nachricht, daß Boeresku nur deshalb so viele Krupp-Geschäfte angeschafft habe, um am 1. Mai die Zahlung des mit 60,000 Ducaten fälligen Tributes in Konstantinopel zu verweigern, weil die Pforte, unvermögend die Ruhe im Innern zu erhalten

stellung aber ist um so bedeutsamer für die Orientfrage, als sich gleichzeitig mit dem Herannahen des Frühlings auch in Serbien die Dinge immer kriegerischer gestalten und von Tage zu Tage wahrscheinlicher wird, daß dort Ristic abermals an's Steuer gelangt. Man behauptet in Belgrad, daß Frankreich im Stillen puise, während Derby geradezu erklärt habe, einer Vergrößerung Serbiens nicht abgeneigt zu sein. Russland dürfe nicht wagen, Serbien zu beflecken; Österreich und Deutschland aber seien an eine bewaffnete Intervention durch den Pariser Frieden behindert, der eine solche in Serbien nur nach Einholung der Zustimmung aller Mächte gestatte.

### Frankreich.

Paris, 13. Februar. [Die allgemeine Friedensliebe.]

— Die jüngste Rede des Fürsten Bismarck. — Die neueste Soirée beim Fürsten Hohenlohe. — Erklärungen des Duc Decazes. — Ein Condolenzbesuch bei Leon Renault.] Neben dem Verlangen nach Befestigung der bestehenden Regierung ist bei der jüngsten Wahlbewegung in Frankreich noch ein durchgehender Zug mit Bestimmtheit hervorgetreten: das Verlangen nach Erhaltung des Friedens. Die Kandidaten aller Parteien, ohne Unterschied, machen für sich geltend, daß ihr Regierungsideal allein im Stande ist, den Frieden zu verbürgen; nicht am wenigsten laut belheben die Bonapartisten, das wiederstehende Kaiserreich werde die früheren Fehler vermeiden und den alten, so arg heruntergekommenen Wahlspruch Napoleon's III., l'Empire c'est la paix, zur Wahrheit machen. Es gelingt ihnen freilich nicht sonderlich mit diesen Versprechungen; für jeden Vernünftigen bleibt es klar, daß denn doch die Republik noch am Leichtesten sich der Notwendigkeit eines Vergeltungskrieges wird entziehen können. Immerhin beweist aber diese Einstimmigkeit aller Dernjenigen, welche sich um die Gunst des allgemeinen Stimmrechtes bewerben, daß die große Masse der Nation für jetzt den Frieden will und daß man nur durch Verhinderung des Friedens ihren Erfolg gewinnen zu können hofft. Es bleibt darum doch, wie sich von selbst versteht, im Herzen jedes Franzosen theoretisch das Bedürfnis nach Revanche vorhanden, mögen nun die einen die Vergeltung von den Waffen, die anderen (die Minderzahl ohne Zweifel) sie von einem europäischen Gericht oder irgend einer anderen unklar geträumten internationalen Nebereinkunft erwarten. Für's Erste ist es schon etwas, daß man sie nicht mehr von einer nahen Zukunft erwartet und die Wiederherstellung der französischen Größe und des nationalen Selbstbewußtseins zunächst durch friedliche Mittel zu bewerkstelligen sucht. Bei dieser Stimmung ist es natürlich, daß die letzte Rede des Fürsten Bismarck auch hier einen bedeutenden und sehr günstigen Eindruck hervorgerufen hat. Die Blätter citieren große Abschnitte aus derselben und besprechen sie mit großer Beifriedigung, der "Moniteur" insbesondere, indem er jedoch hinzufügt, daß Europa schon ein Jahr lang sich aller Segnungen des Friedens hätte erfreuen können, wenn Fürst Bismarck diese Rede am 9. Februar 1875 statt am 9. Februar 1876 hätte halten wollen. Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß die Befriedigung der hiesigen Presse noch in einem anderen Umstände ihren Grund hat; sie ist ein wenig mit Schadenfreude gemischt. Der Reichskanzler behandelt die deutsche Presse nicht eben mit großer Zärtlichkeit, und speziell ist es den französischen Blättern, die alle politischen Vorgänge des Auslandes aus Unkenntnis sowohl, als aus nationaler Eitelkeit zu vernachlässigen pflegen, nichts weniger als unangenehm, wenn der Reichskanzler ihnen gewissermaßen Recht gibt, indem er den deutschen Zeitungen vorwirkt, sich zu viel mit dem Auslande zu beschäftigen. Endlich hat man auch mit Vergnügen das den französischen Arbeitern im Gegensatz zu den deutschen gespendete Lob bemerkt. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung sind ohnedies gegenwärtig so gut wie nur immer möglich, und die offizielle Gesellschaft hat darauf gehalten, durch zahlreichen Besuch der beiden Soireen beim Fürsten Hohenlohe dieser Situation Ausdruck zu geben. Das gestrige Fest in der Gesellschaft war noch glänzender als das erste. Unter den Gästen befanden sich Mac Mahon und die Herzogin von Magenta, sämmtliche Minister, die Königin von Spanien und ihre Tochter, der Herzog und die Herzogin von Montpensier, der Herzog von Nemours und der Prinz von Joinville, das diplomatische Corps, die hohen Beamten der Ministerien u. s. w. Die Salons der Botschaft waren prächtig ausgestattet. — Herr Buffet ist gestern wieder von einem seiner Collegen desavouirt worden. In einer Privatversammlung des 8. Bezirks hielt der Duc Decazes, der dort bekanntlich als Kandidat auftritt, eine Rede, wie sie beinahe der gewesene Polizeivräfekt L. Renault hätte halten können. Der Duc Decazes sagte, er mache sich eine Ehre daran, die Verfassung vom 25. Februar angenommen zu haben. Seine aufrichtigste Hoffnung sei es, daß man sich im Jahre 1880 mit einigen Verbesserungen an dem jetzigen republikanischen System werde begnügen können. Wenn man die Revision der Verfassung verlangte, ehe man noch einen loyalen Versuch mit ihr gemacht, so heißt das nur seine Feindseligkeit gegen die Republik unter einem falschen Vorwand verstehen; niemals werde er, der Redner, sich zu einem solchen Verfahren herbeilassen. Wie gesagt, dürfen diese Erklärungen nicht nach dem Geschmack Buffet's sein, der sich in seinen Reden und Briefen nicht dazu entschließen kann, das Wort Republik auszusprechen. Ob sie jedoch andererseits den Republikanern die Überzeugung ausreden werden, daß der Duc Decazes im Grunde ein Orleanist bleibt, ist eine andere Frage. Eine Herrn Buffet ebenfalls nicht erfreuliche Kundgebung hat gestern das Offiziercorps der republikanischen Garde von Paris gemacht, indem es unter Führung des Obersten Lambert Herrn Leon Renault einen Condolenzbesuch abstattete.

Paris, 13. Februar. [Die türkische Armee.] Der Correspondent der "Debats" schreibt aus Konstantinopel unter Anderem: Die türkische Armee hat gute und solide Eigenschaften; der türkische Soldat ist nüchtern, discipliniert und nicht nur fügt er sich in sein Lot, sondern er scheint sogar Geschmack daran zu finden. Auf dem Exercierplatz werden alle Bewegungen, auch die complicitesten, mit einer erstaunlichen Genauigkeit ausgeführt. Der Soldat gehorcht nicht nur dem Commando, er manövriert so zu sagen, „con amour.“ Eine solche Armee wäre sicherlich gefährlich, wenn sie gut befehligt würde. Unglücklicherweise ist das nicht der Fall. Zwar fehlt es einigen Subaltern-Offizieren nicht an den nötigen Eigenschaften, aber der hohe Generalstab ist lächerlich, und man könnte mehr als einen General und Oberst nennen, der vom Range eines Offiziersburschen plötzlich zu diesem hohen Range aufgestiegen ist, nicht in Folge irgend einer auffallenden That oder weil er außergewöhnliche Fähigkeiten bewiesen hat, sondern mit Hilfe bloßer Intrigen und irgend einer allerhöchsten Laune zu Vieze. Schlecht befehligt, einer gewissenlosen Intendantur preisgegeben, meist ohne Sold, ohne Lebensmittel, ohne Kleidung, beschreibt sich der Soldat und bleibt darum nicht minder flogsam. Er läßt sich tödten oder lebt heim, wie vor einigen Jahren die Soldaten aus dem Feldzuge von Montenegro, abgezehrt, mit Lumpen bedeckt und die Füße nur in blutige Leinwand gewickelt. Kann dem anders sein, wenn ein Kriegsminister abgesetzt wird, weil er der geldbedürftigen Armee im Felde 50,000 Livres schicken wollte? Die Summe war verpackt, sie sollte abgehen. Man erfährt es und

läßt sie in Bezahlung nehmen; das geschah vor einigen Wochen. Aber vielleicht mußte man das neue Panzerschiff „Membouché“ bezahlen, welches sich demnächst neben dem „Messoudié“ aufstellen wird, um unbeweglich im Hafen liegen zu bleiben: eine Art schwimmender Palast, worin der Offizierraum und die Salons des Commandanten das ganze Hintertheil der ersten Batterie einnehmen, hoch wie das Schiff eines Domes und mit unsinnigem Luxus ausgestattet und dekorirt. Wenn ein Krieg käme und die jetzt an Bord befindlichen englischen und französischen Ingenieure das Schiff verließen, so wäre dasselbe nicht viel mehr als ein Wrack. Niemand in der Flotte wäre im Stande, jene Ingenieure zu ersetzen, da die Marineoffiziere den Offizieren der Armee noch nachstehen. Und jedes dieser Seewunder kostet 14 Millionen, beinahe genug, um den Coupon zu bezahlen.

### Spanien.

Bilbao, 2. Februar. [Vom Kriegsschauplatz.] Vorgestern, schreibt man der „A. Z.“, traf der erwartete General Loma mit etwa 2000 Mann und einer Schwadron Cavallerie und der unerwartete General Quesada mit 4000 Mann hier ein. Bei seinem Marsch durch das feindliche Gebiet war Quesada kaum auf Widerstand gestossen; doch fehlte es nicht an einer tragischen Scene. Bei Dimas schossen einzelne Carlisten aus dem Hinterhalt auf den vorüberziehenden Generalstab und tödeten einen Brigadier und einen Unteroffizier. Auf Beifragen, ob Carlisten in der Nähe, hatte der Bürgermeister des kleinen Ortes die bestimmte Antwort ertheilt, daß die ganze Umgegend vollkommen frei sei, und man war daher wohl wieder ohne die nötigen Vorsichtsmaßregeln marschiert. Eine Verfolgung der kleinen Carlistenschaar durch Reiterei hatte natürlich keinen Erfolg. Der Bürgermeister wurde indeß gesangen mitgeführt. Gestern rückte unsere Garnison, aus etwa 4000 Mann bestehend, aus; heute befindet sie sich in Zornoza, eine Wegestunde von Durango, während die Hauptmacht der baskischen Carlisten sich in Guernica concentriert hat. Seit gestern Abend marschiert die Brigade Villegas in einzelnen Columnen hier durch und nimmt die Richtung nach Zornoza und der Küste. Die Carlisten weichen einem Zusammentreffen mit den Truppen ängstlich aus und unzweckhaft wird unsere Provinz binnen wenigen Tagen gänzlich frei sein. Während Martinez Campos von Navarra aus dem in Gipuzcoa befindlichen Moriones die Hand reicht (Urda und Dantxarinea sind bereits in seinem Besitz), rücken Quesada und Loma vor, um die Carlisten nach Gipuzcoa zu drängen und dieselben, indem sie sich mit Moriones und Martinez Campos vereinigen, in einen eisernen Gürtel einzuschließen. In Gipuzcoa allein halten die Carlisten Stand und zwar auf dem befestigten und mit Batterien gekrönten Arrasain bei San Sebastian, auf welchen General Morales Rios einen fruchtbaren Angriff gemacht hat.

Bilbao, 5. Februar. [Vom Kriegsschauplatz] schreibt man der „A. Z.“: Gestern herrschte hier ein Leben, als ob alles auf den Kopf gestellt werden sollte. Von Morgens 9 bis Abends 6 Uhr fanden unaushörlich Truppeneinfälle statt. Die ganze Division Loma, etwa 20,000 Mann, zog zu einem Thore herein, zum anderen wieder heraus. Von allen Richtungen kamen und gingen Regimenter unter einem wahrhaft betäubenden Geiste von Militärmusik und anderem Spektakel. Dazwischen sprengten Ordonnaßen hin und her, ließen verirrte oder säumige Soldaten, ihre Compagnien auffuchend, trippelten alte Marktenderwerber und wimmelten alle Straßen von dem Train. Kurz, es war ein Heldenlärme und ein sinnverwirrendes Chaos. So war denn auch die Wirkung: Alles war auf den Straßen, an Arbeit wurde nirgends gedacht, sogar Speise und Trank sahen sich vernachlässigt. An diesen Truppeneinfällen waren wohl mindestens 25,000 Mann beteiligt. In unübersehbaren Reihen zogen sie auf dem rechten Ufer des Nervion hin in der Richtung auf Mungula und die Küste. Alle Generäle, welche sich seit einigen Tagen in unserer Stadt aufhielten, etwa ein Dutzend an der Zahl, zogen, Loma eingeschlossen, gestern wieder ab. Quesada ist heute Morgen trotz des sehr ungünstigen Wetters (es regnet, hagelt und schneit durchscheinend) mit seinem Generalstab gefolgt. Die Truppen sahen gut aus und ihre Haltung läßt für Spanien nichts zu wünschen übrig. Es ist zu bedauern, daß das Weiter, welches in den letzterverlorenen acht Tagen wahrhaft sommerlich war, sich von Neuem so ungünstig gestaltet hat; den Operationen könnte dadurch Eintrag geschehen. Der Plan des Feldzuges liegt jetzt offen zu Tage. Den Carlisten unserer Provinz bleibt kein anderes Mittel, als sich nach Gipuzcoa drängen und dort mit den Vertheidigern des Präsidenten anderer Provinzen einschließen zu lassen, oder aber die Waffen zu strecken. Letzteres ist durchaus nicht undenkbar, da eine übergrößere Müdigkeit und Unlust sich sowohl in den Reihen der streitbaren Carlisten, als auch insonderheit unter dem Landvolke kundgibt. Das, was noch für unmöglich galt vor wenigen Tagen, ist heute eine That: das Land ist mit Truppen bis ins Innere hinein über schwemmt und die Bauern schütteln verwirrt den Kopf und wissen nicht, wie ihnen geschieht. Dies wird seine Rückwirkung auf die bewaffneten Carlisten nicht verfehlten. So sind in der That alle bewaffneten Bauern, die sogenannten tercios sedentarios, von nah und fern bereits herbeigeströmt, um das eben erst empfangene Gewehr an rechter Stelle abzuliefern. Es fehlt auch nicht an Stimmen, eben vom Lande, welche den Frieden für die Provinz voraussagen, d. h. die sofortige Unterwerfung der in Guernica und Umgegend sich vereinigenden Banden beim Angriff der Truppen. In Alava äußert sich die öffentliche Meinung auf gleiche Weise, und es wäre nicht unmöglich, daß beide Provinzen unter dem Rufe „pas y fueros“ die ersten würden, welche ihrem König und Herrn ein Schnippen schlagen. Sei dem, wie ihm wolle, That ist, daß der Blokadezustand für alle Theile unserer Provinz, welche von Carlistenbanden frei sind, durch einen Tagesbefehl Quesada's seit gestern aufgehoben ist. Handel und Wandel sind wieder frei und werden es nun hoffentlich bleiben — bis wieder einmal ein carlistischer oder anderer Putsch auf der Tagesordnung stehen wird.

### Belgien.

Brüssel, 9. Febr. [Parlamentarisches.] Das Ereignis des Tages, schreibt man dem „Frank. Z.“, ist die an alle Mitglieder der Linken ohne Ausnahme der Partei-Stellung ergangene Einladung zu einer Partei-Versammlung, welche Herr Frère-Orban in seiner Eigenschaft als Führer der liberalen Partei leiten wird. Wie wir schon mehrfach Gelegenheit hatten, zu bemerken, hatte bis zur Stunde seit dem Regierungs-Antritt der Clercals im Jahr 1870 keine parlamentarische Versammlung der Linken stattgefunden, da Herr Frère-Orban den progressiven Deputirten weder vergeben noch vergessen konnte, daß sie angeblich durch ihre Opposition den Sturz des liberalen Cabinets herbeigeführt hatten. Die bevorstehenden Wahlen, die Notwendigkeit, einen gemeinschaftlichen Feldzugs-Plan festzustellen, und sich über ein Wahlprogramm zu einigen, haben endlich den Eigenism Frère-Orban's besiegt, und so dürfte wenigstens eine Einigung im Schooze der Partei zu Stande kommen. — In der Kammer hat Herr Jules Malou einen harten Stand, um die mit Frankreich, Holland und England vereinbarte neue Zucker-Convention durchzusetzen. Die Kunzelrüber-Zucker-Fabrikanten sehen Himmel und Erde in Bewegung gegen die

Convention. Sie wird indeß trocken angenommen werden. Frère-Orban und viele seiner Partei-Freunde sollen Herrn Malou versprochen haben, für die Convention zu stimmen.

### Großbritannien.

A. A. C. London, 12. Februar. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] sagt Lord Derby die unverzügliche Vorlegung der Mr. Cave ertheilten Instructionen, sowie anderer mit dessen Mission nach Egypten in Verbindung stehender Schriftstücke zu. Demnächst legte der Lordlanzler in der Thronrede vertheilte Bill, betreffend die Einsetzung eines höchsten Appellhofes, vor, welche in ihren Grundzügen die Appellations-Jurisdiction des Hauses des Lords wieder herstellt. Um dieses Tribunal indeß wirkamer als bisher zu machen, soll es um vier juridische Lords (Law Lords) bereichert werden. Diese richterlichen Lords werden mit dem Range von Baronen auf lebenslänglich in das Oberhaus berufen und sämmtliche Rechte von Reichs-Pairs genießen. Sie beziehen einen Jahresgehalt von £ 1.600, welcher den der gewöhnlichen Richter um £ 1.000 übersteigt; aber vorläufig sollen nicht mehr als zwei ernannt werden. Die Bill enthält auch die praktische Verfügung, daß das Tribunal während des ganzen legalen Jahres ohne Rücksicht auf Parlamentsverlängerungen oder Auflösungen in Permanenz bleiben soll und daß die „Law Lords“ auch an den Sitzungen des Justiz-Ausschusses des geheimen Rates teilnehmen sollen, wenn dies für notwendig befunden werden sollte. Die Vorlage wurde in erster Lesung angenommen, nachdem Lord Selborne, der Ex-Lordlanzler, sich seine Meinungs-Änderung darüber für eine spätere Gelegenheit vorbehalt.

[Aus der gestrigen Sitzung des Unterhauses] ist zunächst eine Interpellation des Marquis von Hartington bezüglich der Mission Cave's zu erwähnen, auf welche der Schatzkanzler in Vertretung des abwesenden Mr. Disraeli erwiderte, daß, obwohl Mr. Cave's Mission noch nicht zum Abschluß gelangt sei, die ihm ertheilten Instructionen, sowie der Schriftwechsel mit dem Kabinett, welcher zu seiner Sendung nach Cairo führte, dem House unverzüglich vorgelegt werden würden. Hierauf kündigte Mr. Butt (Umerick) an, er werde kurz nach Ostern die Niederschrift eines Sonderauskusses beantragen, um die Gründe zu untersuchen, welche eine große Menge des irischen Volkes veranlaßte, die Herstellung eines irischen Parlaments mit der Beugniß, die inneren Angelegenheiten dieses Landes zu controlliren, zu verlangen. Nachdem Lord Henry Somerset, der Controleur des Königl. Haushalts, die Antwort der Königin auf die Erwiderung der Thronrede erlasste, verlesen, die sich in ihrem Wortlaut von der in der Donnerstagssitzung des Oberhauses zur Verleihung gebrachten nicht im mindesten unterscheidet, erhielt der Präsident der Localregierungsbehörde, Mr. Solatet-Booth, die Erlaubniß zur Einbringung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Abschaffung von Eigentum für die Gebäude der Localbevölkerung, welcher, vom House beifällig aufgenommen, zum ersten Male gelesen wurde. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden mehrere andere Bills eingebbracht und zum ersten Male gelesen, darunter welche für die Amending von Zeitungen, zur Änderung des Injustizienlagen-Gesetzes, sowie zum besseren Schutz der Austernerischer.

[England und Egypten.] Der „Daily Telegraph“ schreibt: „Aus Egypten erreicht uns eine zuverlässige Quelle einstimmiges Gerücht, daß Mr. Cave's Abreise verhoben worden ist, und daß er einen Nachfolger aus diesem Lande erhalten wird, der den Posten eines permanenten Rathabes des Kabinett bekleiden wird.“

[Zur Rückkehr des Prinzen von Wales.] Die „Scrapes“ sowie die königliche Yacht „Osborne“ sind, wie aus Calcutta gemeldet wird, von da nach Bombay abgesegelt, um sich für die Einführung des Prinzen von Wales bei seiner Rückkehr nach England in Bereitschaft zu setzen.

[Die chinesische Regierung] scheint doch ernstlich gegen die Mörder des Mr. Margary vorgehen zu wollen. So wird dem Reuter'sche Bureau unter dem 11. d. M. aus Shanghai gemeldet: „Die „Peking Gazette“ enthält ein kaiserliches Edict, welches General Li-seleneba degradirt und ihm anbestellt, sich nach Yunnanfu zu begeben, um dort seinen Prozeß wegen der Beteiligung an der Ermordung des Mr. Margary abzuwarten.“

[Aus Neufouland.] Dem „Globe“ zufolge haben die Zwistigkeiten zwischen den britischen und französischen Unterthanen, welche sich an den Fischereien in Neufouland bezeichnen, zu der Vernichtung gewisser Maschinen angetrieben, welche die Franzosen bei ihren Operationen benützen, geführt. Die neufländische Regierung hat dem britischen Ministerium für die Colonien den Empfehlung empfohlen, ein Kriegsschiff permanent in St. John's zu stationieren.

[Die Sklaverei in Zanzibar.] Unter den parlamentarischen Schriften, welche diese Woche veröffentlicht wurden, befindet sich auch der Text des zwischen der britannischen Regierung und dem Sultan von Zanzibar abgeschlossenen Supplement-Vertrages zur Unterdrückung des Sklavenhandels an der Ostküste Afrika's. Der Vertrag wurde am 14. Juli 1875 in London unterzeichnet und enthält u. a. folgende Artikel: 1) die Unwesenheit von Haus-Sklaven an Bord eines Schiffes in Begleitung ihrer Herren oder in der Vollziehung deren legitimer Geschäfte, oder von Slaven, die bona fide zur Navigation des Schiffes verwendet werden, soll in keinem Falle an die Beschlagnahme und Condemnirung des Schiffes rezipiert, vorausgelegt, daß solche Slaven nicht wider ihren Willen an Bord zurückgehalten werden. Wenn so, sollen sie befreit werden, aber das Schiff soll nichtsdestoweniger aus diesem Grunde allein nicht condamniert werden; 2) alle Schiffe, die Slaven (andere als Haus-Sklaven in Begleitung ihrer Herren oder in Vollziehung ihrer legitimer Geschäfte, oder Slaven, die bona fide zur Navigation des Schiffes verwendet werden) nach oder von irgend einem Theile des Gebietes Sr. Hoheit oder irgend einem auswärtigen Lande transporieren, sollen solche Slaven für den Verkauf bestimmt oder nicht, des Handels mit Slaven für schuldig befunden werden, und mögen von irgend einem der Kriegsschiffe Ihrer Majestät mit Beschlag belegt und von einem britischen Gerichtshofe, der Admiraltäts-Jurisdicition ausübt, condamniert werden.

[Professor Max Müller] wird, wie die „Academy“ erfährt, wahrscheinlich doch in Oxford bleiben. Die zweideutige und unaufgelierte Anzeige in der „Times“ vor einigen Tagen — bemerkt das Blatt — bedeutete, wie aus Oxford mitgetheilt wird, daß der ausgewählte Gelehrte bewegen werden sollte, in seinem Adoptivlande zu bleiben, indem er gänzlich von Lehrpflichten befreit wird. Durch dieses Arrangement derliefert Prof. Max Müller die Hälfte des Einkommens seines Lehrstuhles, aber er hat es übernommen, für die Universitätspresse sämmtliche heiligen Bücher der Welt, ausgenommen die Bibel und die chinesischen heiligen Schriften zu ediren, welche letztere dem eminenten Sinologen Dr. Legge, welcher der erste Inhaber des chinesischen Lehrstuhles in Oxford sein soll, überwiesen worden sind.

[Zur Küstenbefestigung.] England scheint ernstlich an eine Befestigung seiner Küsten zu denken. Aus Norwich wird der „Pall-Mall-Gazette“ die bedeutsame That geschildert, daß der Artillerie-Lieutenant Walter beordert worden ist, eine Inspektion der Ostküste von der Wash bis zum Humber vorzunehmen.

[Militärisches.] Eine Mitteilung des Kriegsministeriums zufolge werden die diesjährigen Sommer-Manöver der britischen Armee in der Umgebung von Woolmer, Frensham, Chobham und Cope Comans, Hartford Bridge Flais und Trimley Hills stattfinden. Aldershot wird als Basis der Operationen dienen. Die Truppen werden in zwei Armee-Corps getheilt werden, von denen jedes von einem General comandirt werden und aus allen Waffengattungen bestehen wird.

### Nußland.

St. Petersburg, 11. Februar. [England und die Vermittlung im Orient.] — Generalgouvernement der baltischen Provinzen aufgehoben. — Eingehen der Untaten gemeinden.] Wenn das „Journal de St. Petersburg“ bei Besprechung der Thronrede der Königin Victoria der Ansicht der englischen Regierung in Bezug auf ihre Freiheit der Action bestimmt, so ist damit nur etwas ausgesprochen, was unsere hervorragendsten Blätter, wie „Moskauer Zeitung“ und der „Golos“ und Andere, schon früher hervorgehoben. Noch neulich, als die „Mosk. Ztg.“ ihre Befriedigung über den Beitritt Englands zum Vermittlungswerk in der Türkei aussprach, sagte sie, daß über die „fernere Action“ nicht verhandelt worden wäre, und daß daran schon ganz selbstverständlich die von den Engländern hervorgehobene Freiheit fernerer Action vorliege. Der „Golos“ hat zu wiederholten Malen betont, daß ohne Befreiung aller Unterzeichner des Partei-Vertrages — also auch Englands — eine entschiedene und ehrliche Regelung der Verhältnisse in der Türkei nicht zu erwarten ist. Im Interesse der türkischen Christen, deren Nothständen abgeholfen werden soll, muß das Vorgehen der europäischen Mächte schon deshalb ein einheitliches sein, weil sonst die Pforte hinter denjenigen Großmacht, welche die Note Andrassy's nicht unterstützt hätte, einen Rückhalt zu finden hofft. Endlich ist nur bei einstelligem Handeln der Mächte

jeder Vorwand zu den gegenseitigen Eifersüchteteien ausgeschlossen. Die englische Politik im Orient vermag jetzt übrigens sich um so ruhiger zu gestalten, als England durch den Ankauf der Suezkanal-Aktionen den Weg nach Indien und damit auch seine wichtigsten Interessen auf das beste sichergestellt hat. Die englische Presse, die sich sonst wegen jeder Kappalte leicht allarmirt, durfte nach solcher Sicherstellung Mühe haben, die englischen Interessen alle Augenblicke für gefährdet zu halten, und das erleichtert jedenfalls die dauerhafte Verständigung zwischen den englischen Zeitungen und der Presse anderer Länder. — Die Aufzubringung des Postens eines Generalgouverneurs der baltischen Provinzen nach dem Tode des Fürsten Bagration dürfte gewiss als eine interessante Neuigkeit betrachtet werden. Diese Maßregel beweist, daß die Verhältnisse in den Ostseeprovinzen keinen speziellen Repräsentanten der kaiserlichen Gewalt bedürfen. Die Einheit der Provinzial-Verwaltung wird durch den Gouverneur repräsentirt: Generalgouverneure werden blos in gewissen Grenzgebieten, in denen besonders zu berücksichtigende Verhältnisse vorherrschen, oder wo der Kaiser eine besondere Repräsentanz für angemessen hält (wie zum Beispiel in Finnland, Moskau, Kiew) ernannt. Die Zahl derjenigen Gebiete, wo besondere Verhältnisse besondere Rücksichten erheben, wird aber immer geringer. So wurde erst vor kurzem die Statthalterhaft von Polen abgeschafft und ein Generalgouvernement Warschau trat an ihre Stelle; das Generalgouvernement Odessa (für Südrussland und Bessarabien) ging ganz ein. Jetzt geht das Generalgouvernement der baltischen Provinzen ein: damit ist der Beweis geliefert, daß die verbliebene Thätigkeit der Administration dort von dem besten Erfolge gekrönt gewesen. Ebenso war auch die Abschaffung des Statthalterpostens in Warschau mit selen außerordentlichen Vollmachten ein Beweis, wie der Antagonismus zwischen Russen und Polen sich gemildert, — und zwar ging die administrative Aenderung in tieferer Stille, ohne Sang und Klang, vor sich. Die Zahl der Deutschen in den baltischen Provinzen ist in der That kein spezieller Grund zur Aufrechterhaltung des Generalgouverneur-Postens, denn die baltischen Deutschen fühlen sich bekanntlich mit Leib und Seele als russische Staatsbürger. Dazu ist die Zahl der Deutschen in sämmtlichen baltischen Provinzen Russlands viel kleiner, als die Zahl der Polen in der einen Provinz Bessarabien, und hat in Bezug auf die Letzteren durch die Abschaffung des General-Gouverneur-Postens von Odessa gar keine Er schwerung der Verwaltung sich bemerkbar gemacht. — Seitdem auch die Warschauer Uniaten-Gemeinde sich vom Papste losgelöst, giebt es in Russland gar keine Unitaten mehr. Die ehemaligen Unitaten stehen in religiösen Dingen jetzt unter dem Bischof von Lublin, Popiel, dem früheren Administrator der Chelmmer Diözese. Popiel ist in seiner neuen Stellung zugleich Vicar des Warschau-Chelmmer Erzbischofs, aber mit einem selbstständigen Wirkungskreise. Die Unitatengemeinden gehörten nur zu einem kaum erwähnenswerten Theile der polnischen Nationalität an: sie waren im eigentlichen Sinne des Wortes russischen Stammes, welcher ohnehin den Kern der Bevölkerung in den Gouvernementen Lublin und Siedlec bildet. Zu Ende des 16. Jahrhunderts hatten die Jesuiten die Sache sich so zurechtgelegt: man gebe den russischen, der griechisch-orthodoxen Kirche angehörigen Gemeinden, so weit das Scepter des Königs von Polen und Großherzogs von Litauen reicht, vor der Hand den Papst als Oberhaupt der Kirchenverwaltung und lasse ihnen alles Uebrige — später würde sich auch das Uebrige arrangiren lassen. Die Anerkennung des päpstlichen Primats ließ sich indessen nur mit der äußersten Gewalt durchführen, und dennoch glaubten die Unitaten dabei doch vollständig in ihrem Cultus geblieben zu sein, weil sie ihre Rituale, den Gottesdienst in der Landessprache, Priesterhore u. s. w. bewahrt hatten. Bis 1856 hätten sich die Päpste an diesem Verhältniß zu ändern, und erst in den letzten Jahren sind die Curie an, die Unitaten als Katholiken anzusehen und ihnen neben dem päpstlichen Primat noch andere ultramontane Lehrsätze beizubringen. Das rief denn bei den Unitaten eine Reaction hervor, welche darin hat, wie schlecht die Ultramontanen ihre Leute fanden. Die Unitaten hielten ihre Rituale und ihre Landessprache fest und verzichteten auf das päpstliche Primat, welches sie überhaupt nur unter der Klausel gelten ließen, daß sie im Uebrigen denselben Cultus bewahrten, wie ihre russischen und orthodoxen Brüder.

## Provinzial-Beitung.

\*\* Breslau, 15. Februar. [Von der Universität.] Herr Albert Mebes (aus Schweidnitz) wird Mittwoch den 16. Februar, Vormittags 11 Uhr, in der kleinen Aula seine Inaugural-Dissertation „über Garnier von Pont Sainte-Maxence“ beifallserhaltung der philosophischen Doctorwürde öffentlich vertheidigen. Officielle Opponenten sind die Herren Cand. phil. Azler und Cand. phil. Bily.

△ [Schneeverwehungen.] In Folge des kolossalnen Schneefalles mit dabei verbündeten Winde am 13. und 14. d. M. sind die Strecken Freiburg-Altwasser und Frankenstein-Rieichenbach der Breslau-Freiburger Eisenbahn total verweht. Mit Ausbildung vieler Arbeitskräfte konnte zwar zwischen Freiburg und Altwasser ein Gleis freigelegt werden, so daß Hoffnung vorhanden ist, daß der von Breslau abgehende Abendzug Altwasser erreicht. Zwischen Frankenstein und Rieichenbach ist aber aller Verkehr aufgehoben und bei dem noch herrschenden Winde ist auch nicht vorauszusehen, ob am nächsten Tage wird frei Bahn geschaffen werden können. — Die Strecke Breslau-Neppe ist passirbar und kamen die Züge dieser Strecke mit bis auf unbedeutende Verspätung richtig an.

Breslau. In der Sitzung des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens vom 2. Februar 1876 behandelte Herr Dr. Döbner, Hilfsarbeiter am l. Staatsarchiv, Schlesiens auswärtige Beziehungen vom Tode Herzog Heinrichs IV. bis zum Aussterben der Przemysliden in Böhmen (1290 bis 1306). Aus dem engen Abhängigkeitsverhältnis, in welchem König Ottokar von Böhmen die schlesischen Päster und in erster Linie Herzog Heinrich IV. von Breslau an sich zu fesseln wußte, und dem ungünstlichen Ausgang seines Kampfes mit Rudolf von Habsburg ergaben sich für Schlesiens Geschichte zwei wichtige Thatsachen: einerseits, daß Herzog Heinrich sein Land vom Reiche zu Lehen nahm, ein Borgang, über welchen wir weit weniger unterrichtet sind, als über Verhandlungen König Rudolfs mit dem Päster schon vor der Schlacht auf dem Marchfelde, andererseits ein Erbvertrag, desselben Fürsten mit Ottokar und seinen Nachfolgern, auf Grund dessen nach Ottokars Tode die Grafschaft Glatz mit dem Herzogthum Breslau verbunden werden, wie es denn auch wirklich geschah, während, wenn Heinrich ohne Nachkommen sterben, sein Land an die Krone Böhmen fallen sollte. Nach einem mehrjährigen kirchlichen Kampfe mit Bischof Thomas IV. gelang es dem Herzog gegen Ende seines Lebens durch Erwerbung von Krakau und Sandomir sich eine vorragende Position in der Politik des Ostens zu schaffen, allerdings nur von ganz kurzer Dauer, indem er am 23. Juni 1290 starb, ohne Nachkommen zu hinterlassen, nachdem er auf dem Sterbebette — vom Tage seines Todes datirt das große Privileg — den Grund zu der fürstlichen Stellung der Breslauer Kirche gelegt hatte. Denselben kirchlichen Einflüssen verdankt wohl das Testament des Herzogs vom gleichen Tage seine Entstehung; ein Document, welches nach Form und Inhalt zu den gerehesten Bedenken Anlaß gibt. In directem Widerspruch zu jenem Erbvertrag setzte hierauf der Sterbende den Herzog Heinrich von Glogau, den Schülzling der Breslauer Kirche, zu seinem Erben in Schlesien ein. Vermochten trotzdem in jenen Tagen Breslaus Bürger Heinrich von Liegnitz auf den Thron zu erheben, so bietet dessen Regierungszeit das Bild einer fast systematischen Beziehungsreihung des Herzogthums Breslau und einer völligen Veränderung der territorialen Machtverhältnisse. Nach dem Tode des freiherrlichen Bolko von Felsenberg machten sich auf's Neue auswärtige Einflüsse ungehindert im Lande geltend: im Westen mit den brandenburgischen Askaniern, in deren Hände damals die Lausitz gelangte, entzöß sich König Wenzel II. von Böhmen zugleich in zweifellosem Besitz eines Rechtsstifts, zu einer umfassenden Rege-

lung der schlesischen Verhältnisse, als der Conflict mit dem Deutschen Reich Alles in Frage stellte. Das Aussterben der alten Dynastie in Böhmen und die Besiegung der Luxemburger auf dem erledigten Thron drängten dann die seit Ottos mit Bewußtsein verfolgten Bestrebungen für einige Zeit in den Hintergrund.

— d. L. Humboldt-Verein für Volksbildung.] Den letzten Sonntagsvortrag hielt vor einem äußerst zahlreichen Publikum im Musiksaale der Universität Herr Professor Dr. Neumann über: Shakespeare's Hamlet.

Unter allen Dramen des berühmten Briten hat sich keines ein so langdauerndes Interesse erworben, als Hamlet. Die besten Schauspieler haben es sich immer zur Aufgabe gemacht, den Hamlet mit besonderer Vorliebe zu studiren und würdig darzustellen. In Deutschland ist eine ganze Hamletliteratur entstanden. Redner würde es für eine Annahme halten, bei der kurz bemessenen Zeit sich bei der Beurtheilung des Hamlet auf den ästhetischen Standpunkt zu stellen. Es gäbe aber noch einen anderen Standpunkt, von dem aus Hamlet beurtheilt werden kann. Dies ist der Standpunkt der praktischen Psychologie. Redner geht nun anfänglich in der Reihenfolge der Scenen, zum Schlus in der Reihe der Thatachen den Inhalt des Stückes durch, an einzelnen Stellen wichtige psychologische Momente hervorhebend. Wenn wir uns ein wahres Bild von Hamlet machen wollen, so müssen wir bedenken, daß der Mensch im Denken, Empfinden und im Wollen lebt. Bei den verschiedenen Menschen sind diese Kräfte verschieden gemischt. Hamlet ist ein Weise von großer Denkraft und tiefem Gemüth. Verfehlt ist das Urteil, den Charakter des Hamlet, der durch sein Denken nicht zum Handeln kommt, als ein Vorbild des deutschen Charakters hinzustellen. Es ist eine Freiheit Börne's, zu sagen, man brauche nur einen deutschen Michel beschreiben, so habe man den Hamlet. Neu ist jedenfalls die Idee des Redners, daß Shakespeares in der Darstellung des Charakters des Hamlet die Idee von der Todesstrafe als einer unberechtigten Strafe vorgeschwebt habe. Wenn man Shakespeares von dieser Seite auffaßt, so hat er wirklich nicht verloren. Reicher Beifall belohnte den Redner.

— nn. Breslau, 14. Februar. [Der Verein katholischer Lehrer]

hielt am 10. d. Mts. im König von Ungarn seine Februar-Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine jeden hiel. kathol. Lehrer sehr unangenehm berührende und auf reinen Mißverständnissen beruhende Angelegenheit zur Sprache gebracht. Dieselbe trug die Angriffe, welche die hiesigen katholischen Lehrer in einem Artikel in Nr. 6 der „Schles. Schulzeitung“ und in den Vereinsreferaten der hiesigen Zeitungen (cf. „Breslauer Zeitung“ 1. Heft. Nr. 57) von Seiten evang. Lehrer erhalten haben. Was das Collegium in der genannten „Schulzeitung“ betrifft, so wird der Vorstand des Vereins kath. Lehrer resp. dessen Vorsitzender, der ja statuengemäß den Verein nach außen hin zu vertreten hat, das Nöthige veranlassen. Den genannten Vereinsreferaten aber gegenüber einzigen sich die sehr zahlreich versammelten Beimittler einflügig zu folgender Erklärung:

„Unser Verein kath. Lehrer ist der Ansicht, daß er auf die immunitirte Meinungsäußerung des Vereins evang. Lehrer über unsere — abrigens noch nicht eingreide — Petition an die städtische Behörde aus collegialen Gründen nicht antworten kann. Die Versammlung hofft aber, der Verein evang. Lehrer werde nach gewonnener Einsicht in die Petition anders urtheilen über das, was wir wünschen und darüber, warum wir es wünschen.“

Daraus wurde in die Tagesordnung eingetreten.

A. Statuten-Berathung. Die zu diesem Zwecke in der letzten Sitzung gehaltene Commission hatte unter Zugrundelegung der bisherigen Vereinsstatuten einen sorgfältig erwogenen Entwurf gefertigt. Nachdem derselbe einmal vorgelesen worden, wurden die einzelnen Paragraphen der Reihe nach durch Abstimmung unverändert angenommen.

B. Die von derselben Commission entworfene Geschäftsordnung wurde nach einmaliger Lesung in bloß vom Vereine acceptirt.

Die Statuten, die Geschäftsordnung und das Reglement für Ausleihung der Bücher — dessen Verarbeitung heute wegen der vorigerl. Zeit noch ausgestellt werden mußte — sollen autographirt und jedem Vereinsmitgliede in die Hände gegeben werden. — Nachdem noch Rector Müller einige Mittheilungen über das Concert zum Vester der städtischen Offizianten-Witwenkasse gemacht hatte, wurde die Sitzung um 10 Uhr aufgehoben.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Sitzung der historischen Section.

Am 13. Januar 1876 hielt Herr Professor Dr. Lindner einen Vortrag über den Einfall der Franzosen in's Reich im Jahre 1888. Derselbe stand im Zusammenhange mit dem Streit zwischen England und Frankreich, welcher die damalige Politik bewegte. Die Herzogin Johanna von Brabant hatte Zweifelkeiten mit dem thürn. Herzoge Wilhelm von Gelde. Da erstere von Frankreich unterstützt wurde, verblieb sie letzterer mit England und schwieger Carl VI. einen sehr leidlichen Fehdebrief zu. Um den Schimpf zu rächen, brach ein französisches Herzog gegen 100.000 Mann, nachdem es den Marsch durch die unwegsamen Ardennen genommen, in Jülich ein, dessen Herzog der Vater Wilhelms war. Während dieser sich unterwarf, blieb der Herzog von Gelde unveragt und erst auf die dringenden Bitten seines Vaters gab er eine wenig sagende Entschuldigung ab. Aber die Franzosen, deren Heer unter den fortwährenden Negligéen litt und in kleinen Schermühlen zahlreiche Gefangene verloren hatte, waren froh, mit wenigstens scheinbaren Erfolgen zurückzukehren zu können und zogen ab, ohne Wilhelms Land beschädigt zu haben.

In der Sitzung am 10. Februar 1876 sprach Herr Privatdozent Dr. Böbertag „Über das älteste Faustbuch“. Der Vortragende bestimmte seine Ausgabe zunächst näher dahin, das Verhältnis des ältesten Faustbuches zu den ihm nahe stehenden Literaturerzeugnissen seiner Zeit, seinen politischen Charakter und die ohne eigenthümliche Ausschlagung des Stoffes darzulegen, sowie zu seiner Entstehungsgeschichte einige Beiträge zu liefern. Das in Rede stehende Buch gehört zu den zahlreichen und sehr verschiedenartigen Prosodien der ersten Periode der neu-hochdeutschen Literatur. Unter ihnen ragt es durch die Bedeutsamkeit seines Stoffes hervor, gehört zu den vollständigsten Schriften der genannten Gattung, steht aber in Bezug auf Tiefe der Aufführung hinter anderen Behandlungen verwandter Stoffe, in Bezug auf Gewandtheit der Darstellung hinter anderen Prosodien auch seiner Zeit zurück. Der Verfaßer brachte zu dem traditionellen Stoff, den er im Geiste seiner Zeit auffaßte, aber wenig einheitlich gestaltete, eine protestantisch-polemische Tendenz hinzu. Schließlich teilte der Vortragende einige Schwänke mit, welche sich schon in den der Mitte des 16. Jahrhunderts angehörenden Kupiporti von M. Lindener finden und in veränderter Gestalt in das Faustbuch übergegangen sind.

Görlitz, 14. Februar. [Dank und Antwort.] Die hiesigen Blätter melden: Unjere Leser erinnern sich jedesfalls noch der Mittheilung, daß der hiesige Photograph Herr H. Arlt. dem Herrn Cultusminister Dr. Falck zu dessen silberner Hochzeit ein Photographie-Album mit Schüler- und Lehrergruppen, namentlich aus der Provinz Schlesien, überlandt hatte. Von dem Herrn Minister hat Herr Arlt gestern folgendes Dankeskrieff erhalten:

„Berlin, 13. Februar 1876. Eure Wohlgeborenen haben mir am Tage meiner silbernen Hochzeit eine einzigeartige Gabe dargebracht. Die überaus zahlreichen, durchweg freundlichen Gruppen von Schülern und Lehrern, unter denen es auch nicht an bekannten Gestalten fehlt, können an sich dem Unterrichts-Minister, welchem das Wohl und Wehe der Schule an das Herz gelegt ist und wie mir am Herzen liegt, nur zu großer Freude gereichen. Erhöht aber wird dieselbe dadurch, daß Sie mich durch Ihre Bilder zurückgeführt haben in meine thurene schlesische Heimat und in die ferne Jugendzeit. Bei Betrachtung des Bildes der Lehrer an der Realsschule zu Landeshut stieg freilich wehmütige Empfindung in mir auf, denn nicht Einer mehr ist unter ihnen, der zu meinen Lehrern gehörte. Freilich kann es wohl kaum anders sein, denn es fehlt nicht mehr Viel an vierzig Jahren, seit ich jene Schule verließ.“

Ihre Gabe hat mich zu herzlichem Danke verpflichtet und wollte ich nicht unterlassen, Ihnen denselben in diesen Zeilen auszusprechen.

Ergrebenst. Falz.“

3. Liegnitz, 13. Februar. [Verein zur Rettung verwahrloster Kinder — Städtische Sparlasse — Handelskammer.] In der hiesigen Anstalt zur Rettung städtisch verwahrloster Kinder wurden im vorigen Jahre 9 Kinder erzogen. Hierzu waren erforderlich: an Alimenten 589 Thlr. 17 Sgr. 4 Pf., für Bekleidung 68 Thlr. 17 Sgr. 1 Pf., Verschiedenes 19 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., in Summa: 677 Thlr. 26 Sgr. 11 Pf. Die Gesamtsumme betrug aber nur 589 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. Dieselbe wurde erzielt durch Beiträge der Mitglieder im Betrage von 209 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., durch den Beitrag der Stadt Liegnitz mit 143 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. und durch die Hinzunahme des Vereinsvermögens in Höhe von 236 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. Es ist demnach das vorjährige Deficit von 268 Thlr. 10 Sgr. 1 Pf. noch um 88 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. gewachsen und hat gegenwärtig eine Höhe von 357 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. erreicht. Im Hinblick darauf darf wohl der Wunsch als ein berechtigter angesehen werden, daß der Verein zur Fortsetzung seiner segensreichen Wirksamkeit durch zahlreichere Beiträge in diesem

Jahre unterstützt werden möge. — Die hiesige städtische Sparlasse wies ult. 1874 eine Gesamtsumme von 1,689,333<sup>1/2</sup> M. nach; der Zuwachs im Jahre 1875 betrug durch neue Einlagen 422,634<sup>1/2</sup> M. durch Aufschreibung von 48,264<sup>1/2</sup> M. Zurückgezogen wurden an Einlagen 353,235 M. 95 Pf. Der Reservesfonds beträgt 199,677 M. 75 Pf. Die Sparlasse hat angesieglet: auf städtische Grundstücke 622,615 M. 35 Pf. auf ländliche Grundstücke 177,240 M. auf Inhaber-Papiere 780,819 M. gegen Haushaltssond 26,225 M. bei öffentlichen Instituten und Corporationen 384,783 M. in Summa 1,991,682<sup>1/2</sup> M. — Die hiesige Handelskammer hat für die Amtsperiode 1876 zum Vorsitzend. Herrn Commercierrath Rawitscher und zum Stellvertreter Herrn Stadtrath Schwarz gewählt. Der Etat für das laufende Jahr wurde mit 1100 M. Einnahme und mit 1390 M. Ausgabe festgestellt. Die Differenz der sich ergebenden Differenz von 290 M. geschieht durch den 110 M. betragenden Dispositionsfonds. Der für die Wahlberechtigten als Handelskammerbeitrag zu erhebende Zuschlag zur Gewerbesteuer ist mit 6 Pf. festgesetzt worden.

t. Landeshut, 13. Februar. [Consumverein — Schneefall — Fleischschau.] Trotz der gegebenen Befürchtungen hat der hiesige Consumverein sich noch einmal aufgerafft und verfügt, durch theilweise Abänderung der Statuten der monatlichen Beiträge, Erneuerung des Eintrittsgeldes von 1 Mark auf 50 Pf., Verschmelzung des Vorstandes und Ausschusses von 12 auf 7 Personen, etwas mehr Lebensfähigkeit in den Verein zu bringen. In der am 11. d. M. abgehaltenen Generalversammlung, in welcher 20 Pf. vertreten waren, ergab sich nach dem verlesenen Kassenbericht, daß der Verein immer noch günstige Geschäfte gemacht hat, da er im Stande war, 5 Pf. Dividende zu verteilen. Die Anzahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 149, der Umsatz im vergangenen Halbjahr belief sich auf 8238 Mark (im ersten Halbjahr auf 8856 Mark). Die Einnahme beträgt 641 Mark, die Ausgabe 82 Mark, mithin der Gewinn 559 Mark. Dem Kassirer H. Kaufmann Seeherr wurden für seine Mühewaltung wieder 75 Mark belohnt. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt, neu gewählt traten ein die Herren Hesse und Rudolph. Allgemein gab sich der Wunsch zu erkennen, ein eigenes Waarenlager zu gründen, das nach dem Grundsprinzip eines Consumvereins, billiger Einkauf bei dem Engros-Händler nur einen sichtbaren Nutzen gewähren könnte. Leider war die Versammlung zu schwach besucht, um einen derartigen Gedanken zur allgemeinen Berathung zu stellen und därfte es sich empfehlen, im Vorstande diese Angelegenheit durchzuberauen und entweder in der nächsten oder in einer außerordentlichen Generalversammlung darüber Vorschläge zu machen. — Der seit letztem Sonntag auch hier mit kurzen Unterbrechungen stattgefunden Schneefall hat die hiesige Handelskammer wieder hochdurchdrungen, so daß die Arbeit von Neuem beginnen muss. Unsere Verbindung mit Schmiedeberg auf der neuen Straße über den Bach ist ganzlich aufgehoben und muß von Dittersbach st. aus der Weg über die alte Straße eingeschlagen werden. Glücklicherweise sind die Bahngleise mit Ausnahme des gestrigen Frühzuges von Breslau hier regelmäßig eingetroffen. — Das Beispiel anderer Städte hat auch die hiesigen Fleischer zu der läblichen Absicht veranlaßt, die geschlachteten Schweine durch geprüfte Fleischbeschauer auf Trüchsen untersuchen zu lassen.

D. Frankenstein, 13. Februar. [Jubiläum — Aus Langenau — Wiedereinführung.] Am Freitag feierte Herr Parfümeur Franz Andermann das 50jährige Bürgerjubiläum. Der alte rüstige Herr wurde von vielen Seiten herzlich beglückwünscht und auch von der Stadt erfolgte eine derartige Kundgebung. Aus Dankbarkeit für diese Zeichen der Verehrung überwies Herr Andermann den Armen der Stadt ein Wertypapier in Höhe von 100 Thlr. — Die Besitzer des Bades Langenau, bei Habelschwerdt, haben bei den neuesten Befahrungen auf Staphylquellen eine ungemein reiche Quelle entdeckt. An der Westseite des Parks stieß man unerwartet auf ein Mauerwerk, das einem Brunnen anzugehören schien. Ein weiteres Suchen führte das Aufinden des letzteren herbei, welche zur fortgesetzten Hebung des Bades von großer Wichtigkeit ist. Die Entdeckung dieser Quelle ist hauptsächlich den unausgeführten Bemühungen des Inspectors Herrn Krause zu verdanken. — Die Wilddieberei in hiesiger Umgegend hatte in diesem Winter allgemein die Oberhand gewonnen und den Jagdpächtern den empfindlichsten Nachteil verursacht. Den Wildpächtern das Geschäft unmöglich zu machen, ist nicht zu erreichen gewesen.

t. Ohlau, 14. Februar. [Der hiesige pädagogische Verein] feierte vergangenen Sonnabend im Hotel zum deutschen Hause durch Concert und Tanz sein zweites Stiftungsfest. Leider war die Beihilfung von auswärtigen Mitgliedern wegen der ungünstigen Witterung eine nur geringe, und aus gleichem Grunde hatten die Nachbarvereine Bernstadt und Grossburg, der an sie ergangene Einladung nicht folgen können. Der Vorstand, Lehrer Zimmer von hier, begrüßte die Mitglieder und deren Familien und hieß die erschienenen Gäste, die das Fest verherrlichen helfen wollten und die durch ihre Theilnahme ihr Interesse für Schule und Lehrer zeigten, herzlich willkommen. Zum Vortrage gelangten mehrere fröhliche Chorlieder, Einzelgesänge und Flügelstücke. Besonders Beifall errangen Frau Rector Blaß (vorzüglich Blaßin), Fräulein Richter (Sopran), Herr Kämmerer Richter, Herr Apotheker Schmidt (Tenore) und Herr Stadt-Sekretär Heinzel (Bariton). Der darauf folgende Tanz

